

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Dem Bruch ein Stückchen näher](#)
2. [Schuldenstreit Alexa, bring Italiens Wirtschaft zum Laufen!](#)
3. [Zu viele Schulden. Nein, nicht in Griechenland oder Italien, sondern mitten unter uns. Zum SchuldnerAtlas 2018 und den Ausstrahlungen der Altersarmut](#)
4. [Arbeitsteilung statt Spaltung: Diether Dehm über linke Wahlergebnisse und die Auseinandersetzung in der LINKEN](#)
5. [Fest der Extraprofite](#)
6. [Fahrverbote im Ruhrgebiet: "Unverhältnismäßig" und "absurd"](#)
7. [Bodenpersonal am Hamburger Flughafen: Buckeln für den Billigflieger](#)
8. [Gefahr eines Krieges mit Russland und China?](#)
9. [Krisenmanagementübung „Hybrid Exercise Multilayer 18“ der EU](#)
10. [Zweierlei Kriegskalkül: Israel nach Lieberman-Rücktritt.](#)
11. [Ost-Turkestan im Visier \(I\)](#)
12. [Großbritannien blockiert Rückgabe von 14 Tonnen Gold an Venezuela](#)
13. [Chlorpyrifos - Gefahr fürs menschliche Hirn?](#)
14. [Forschung: Wie sich Wissenschaft von der Gesellschaft abkoppelt](#)
15. [Sozialistische Linke kämpft sich voran: Zu den Halbzeitwahlen in den USA](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Dem Bruch ein Stückchen näher**

Während Gerüchte die Runde machten, dass ihre innerparteilichen Gegner ihren Kopf fordern, trat Theresa May allein vor die Presse. Nach fünf zermürbenden Stunden, in denen sie ihr Kabinett zu überzeugen versucht hatte, hielt eine bedrängte Premierministerin an ihrem unbeliebten Deal fest. Festhalten, das kann sie am besten. Jetzt hat das Armdrücken, das Erpressen und das Beschwatzen der Abgeordneten

begonnen: Es ist doch zum Wohle des Landes! Nun müssen alle Farbe bekennen. Einige werden an ihren Prinzipien festhalten, andere nicht. Die Tories müssen sich überlegen, ob die Zukunft Theresa May und ihrem Deal gehört oder doch eher den Brextremisten. Jeder potenzielle Labour-Überläufer muss sich fragen, ob sein Ortsverband ihm jemals vergeben könnte, wenn er diese Regierung mit seiner Stimme im Amt hält.

Unterdessen wird der Brexit weiter als etwas verkauft, was er nicht ist: In ihrer Erklärung von Mittwochabend erklärte May, ihr Deal würde den Briten „die Kontrolle über unser Geld, unsere Gesetze und unsere Grenzen“ zurückgeben und gleichzeitig Wirtschaft und Arbeitsplätze sichern. Nichts davon ist wahr. In dem ganzen langen Dokument finden sich jedenfalls keine Hinweise darauf.

Quelle: [der Freitag](#)

2. **Schuldenstreit Alexa, bring Italiens Wirtschaft zum Laufen!**

Wenn so viele Italiener gerade ziemlich wütend Populisten gewählt haben, die sich nicht an alte Empfehlungen halten, liegt das ja nur zu einem Teil daran, dass der Italiener halt irgendwie komisch ist. Italien hat jahrelang genau das gemacht, was die gängige ökonomische Lehre via Brüssel und Wolfgang Schäuble so gefordert hat. Nur hat das eben erstens ziemlich wenig gebracht – was auch dem Italiener irgendwann aufgefallen ist. Und zweitens wirkt es jetzt entsprechend wenig überzeugend, was den Italienern aus Brüssel und Berlin als Rettung und Alternative zu den Polterplänen der rechts-links-populistischen Regierung einfällt. Also: dass sie mal wieder irgendwas reformieren sollen. Nach altorthodoxer Lehre. So eine Art Wirtschaftstheologie.

Nach ebendieser Urlehre muss ein Land ja immer ganz viele Regeln vereinfachen, irgendwie Bürokratie abbauen, es Unternehmen leichter machen, Kosten zu kürzen, das Renteneintrittsalter eher anheben als senken, Schulden bremsen und der Bevölkerung mehr Druck machen, auch mal schlecht bezahlter Arbeit nachzugehen. Weil dann die Wirtschaft dynamischer wird – und das ganz viel Arbeit und glückliche Menschen schafft. Wenn das stimmen würde, müsste Italiens Wirtschaft seit spätestens 2011 wenigstens tendenziell dynamischer und der Italiener definitiv glücklicher geworden sein.

Quelle: [Thomas Fricke auf Spiegel Online](#)

3. **Zu viele Schulden. Nein, nicht in Griechenland oder Italien, sondern mitten unter uns. Zum SchuldnerAtlas 2018 und den Ausstrahlungen der Altersarmut**

Und jährlich grüßt das Schuldner-Murmeltier, so könnte man eine eigene Rubrik überschrieben. Vor einem Jahr, am 7. November 2017, wurde hier dieser Beitrag veröffentlicht: Ambivalentes Wachstum: Die Wirtschaft brummt und die Zahl der überschuldeten Menschen nimmt weiter zu. Darin findet man diese Ausführungen:

»Die Wirtschaft in Deutschland wächst und die Arbeitslosigkeit sinkt. Aber die Zahl der überschuldeten Privatpersonen nimmt besonders im Westen zu, wie eine Studie zeigt. Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist seit 2014 zum vierten Mal in Folge gestiegen.« Das bezog sich auf den SchuldnerAtlas 2017, der von der Wirtschaftsauskunftei Creditreform veröffentlicht wurde.

Und in diesen Tagen meldet sich die Creditreform erneut zu Wort: »Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist seit 2014 zum fünften Mal in Folge angestiegen. Die Überschuldungsquote bleibt nahezu konstant, da die Bevölkerung durch Zuwanderung und Migration nochmals leicht zugenommen hat. Zum Stichtag 1. Oktober 2018 wurde für Deutschland eine Überschuldungsquote von 10,04 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf.« Das ist eine der Erkenntnisse aus dem SchuldnerAtlas 2018. Insgesamt sind im Westen rund 5,82 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,11 Millionen Personen.

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

dazu: Wie der Staat die Situation gefährdeter Jugendlicher erschwert

Keine Altersgruppe in Deutschland ist so stark von Armut bedroht wie die der 18- bis 24-Jährigen. Dem "Monitor Jugendarmut" zufolge erschweren staatliche Sanktionen ihre Situation. Viele staatliche Hilfen enden mit Erreichen des 18. Lebensjahres. Auch deswegen sind Zehntausende Jugendliche obdachlos. Schwierig ist die Lage auch für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien: Wenn sie eine Ausbildung beginnen oder auch von zu Hause ausziehen, werden Leistungen gekürzt.

Quelle: [Süddeutsche](#)

4. Arbeitsteilung statt Spaltung: Diether Dehm über linke Wahlergebnisse und die Auseinandersetzung in der LINKEN

Allem großartigen Einsatz der Wahlkämpfenden in Bayern und Hessen, aber auch der Wahlabend-Schönfärroutine der Parteispitzen zum Trotz: die LINKE-Zuwächse waren nur winzige Bruchteile der SPD-Verluste; (SPD + LINKE in Bayern = 12Prozenmt; im einst roten Hessen = 26 Prozent, wo bei 400.000 verlorenen SPD-Stimmen die LINKE nur 20.000 dazugewann).

Die beiden »arbeitsorientierten« Parteien gewannen selten gegeneinander, eher miteinander, denn sie hängen von der selben Meinungsführerschaft ab. Und machen dabei ähnliche Fehler. Sie gehen beide verschwenderisch mit ihrem charismatisch talentierten Personal um und sind stattdessen fanatisch besessen vom Engbedruckten, halten »Hungernden ihre Speisekarte hin«(Brecht), bzw. ihre Wahlprogramme. Aber

warum soll jemand, der sich betrogen fühlt, jemanden wählen, nur, weil der ihm sein Wunsch-Dir-was vorspielt - ohne jede Gegenmachtsstrategie?

Die begänne mit einem öffentlichen Diskurs. Über ein Thema statt über ein rosagrünes Gemüsekonsortium. Über solch Außerparlamentarisches - statt über R2G-Regierungsluftschlösser - hätten LINKE und SPD längst beraten müssen. Bilateral, in »Aufstehen«- oder »Unteilbar«-Kontakten. Angst vorm Altern ist das, was urbane Milieus und ländliche Arbeitskraftverkäufer*Innen eint; Altersdiskriminierung ist ja nur modisch gewordene Unkultur des asozialen Lohn- und Rentenraubs. Die arbeitsorientierten Parteien brauchen einen gemeinsamen Glücksentwurf vom »vollwertigen dritten Lebensabschnitt« (der Psychologe Lucien Seve über Altersoffensive): zugespitzt, besungen, breit vernetzt. Gerade in ländlichen Strukturen, wo die höheren Links-Prozente in Städten regelmäßig weggestutzt werden. Denn: Zweidrittel wohnen in Gemeinden mit unter 100.000 Einwohnern. Laut Gramsci sollten sich auch Intellektuelle, statt diese als rückständig abzutun, auf ländliche Fühlweisen einlassen. Und auch: »das Kleinbürgertum nicht kampflos den Faschisten überlassen« (Bloch). Der Kampf für Alte ist dort auch ein Kampf ums Alter: gegen rechts.

Quelle: [Neues Deutschland](#)

5. **Fest der Extraprofite**

Weihnachten bei Amazon: Konsumschlacht, Ausbeutung und der Kampf ums Monopol
Im vergangenen Jahr stellte Amazon für das Weihnachtsgeschäft in Deutschland 13000 Saisonarbeiterinnen und -arbeiter befristet ein, ebenso viele wie der Konzern Festangestellte beschäftigt. Die braucht der Konzern. Laut einer Studie der Universität Sankt Gallen, die das „Handelsblatt“ letzte Woche vorstellte, macht Amazon in Deutschland aktuell viermal so viel Umsatz wie Karstadt und Kaufhof zusammen - 17 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Weltweit sind es 180 Milliarden. Jedes fünfte Buch und 16 Prozent der Elektroartikel werden bei Amazon bestellt - das bezieht sich auf alle Umsätze, nicht nur online. Um diese Position auszubauen und zu stärken, ist mit „Amazon Prime“ ein perfides System der Kundenbindung geschaffen worden, Geräte wie die Abhöreinrichtung „Alexa“ werden billig verkauft und landen in den Wohnzimmern, um Kunden gar nicht mehr auf den Gedanken kommen zu lassen, man könnte woanders einkaufen.

Und Amazon expandiert weiter: Der Lieferdienst „Amazon Fresh“ bringt in Berlin, Hamburg und München Lebensmittel direkt an die Tür, „Amazon Lending“ soll Mittelständische von Amazon-Krediten abhängig machen und mit einem „Pop-Up-Store“, der nur für wenige Tage in Berlin am Ku’damm geöffnet sein wird, will Amazon seinen Kunden ermöglichen, den Haarentferner erst einmal anfassen zu können, bevor er dem Gatten erst unter den Weihnachtsbaum und dann ins Nasenloch geschoben wird.

Mit dem Expansionskurs verdrängt Amazon auch jene, die bisher am Erfolg teilhaben durften und dazu wesentlich beigetragen haben. Der Online-Händler ist selbst Anbieter und gleichzeitig Plattform für unzählige Händler, die ihre Waren über Amazon verkaufen. Da der US-Riese Zugriff auf die Händler-Daten hat, kann er sich in profitable Geschäftszweigen problemlos einklinken, um die Kunden selbst zu bedienen. Je mehr Marktmacht der US-Online-Händler an einem Standort hat, desto stärker drängt er seine eigenen Plattformhändler aus dem Markt - wie die Studie aus Sankt Gallen feststellt.

Quelle: [unsere zeit](#)

6. **Fahrverbote im Ruhrgebiet: "Unverhältnismäßig" und "absurd"**

Das Dieselfahrverbot für die wichtige Autobahn 40 im Ruhrgebiet sorgt für Irritationen. Scharfe Kritik kommt von Verkehrsminister Scheuer. Experten sehen allerdings auch Versäumnisse bei den Kommunen.

CSU-Verkehrsminister Scheuer hat das neue Diesel-Urteil auf der viel befahrenen Autobahn 40 in Essen als unverhältnismäßig bezeichnet. Zwar stehe es ihm nicht zu, die Justiz zu kritisieren, sagte er der "Bild"-Zeitung. "Aber wenn eine Richterin ein Diesel-Fahrverbot für eine Autobahn anordnet, halte ich das für unverhältnismäßig. Das gibt es nirgendwo anders auf der Welt." Urteile wie diese gefährdeten die Mobilität Hunderttausender Bürger. "Niemand versteht diese selbstzerstörerische Debatte."

Quelle: [Tagesschau](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.M.:** Erst jahrzehntelang lang auf dem Schoss der Autohersteller sitzen, die Augen schließen und Hinweise auf Schummeleien ignorieren, sich zuletzt gegen Hardware-Lösungen zu stellen, wie von der Industrie gewünscht, und jetzt - da im Ruhrgebiet Volkes Horn droht - auf ein Gericht eindreschen, um von eigenen Versäumnissen abzulenken, durch solche "Qualitäten" zeichnen sich unsere Politiker aus.*

7. **Bodenpersonal am Hamburger Flughafen: Buckeln für den Billigflieger**

Ein Wochenende nach London oder ein Kurztrip in die Sonne: Die Anzahl der Starts und Landungen auf deutschen Flughäfen wächst und wächst. Das Reisen mit den Billigfliegern ist aber nur deshalb so erschwinglich, weil am Bodenpersonal gespart wird.

Langsam rollt der Airbus in seine Parkposition, unten auf der weiten Fläche vor dem Hamburger Flughafenterminal wartet schon das Bodenpersonal. Das fahrbare Förderband zum Entladen der Koffer steht schon bereit. Und der Zeitdruck, unter dem die Männer in ihren Warnwesten stehen, ist höher als ohnehin schon, erklärt Nadine

Bels:

„Der Flieger ist jetzt reinkommend aus Zürich und wird gleich wieder nach Barcelona rausgehen. Kommt leider ein bisschen verspätet rein. Daher wird der Turnaround gleich sehr zackig dahergehen müssen, weil die Standzeit nur 35 Minuten beträgt. Gewollt ist, dass der Flieger zeitnah wieder rausgeht.“

Nadine Bels leitet am Hamburger Helmut-Schmidt-Airport den Bereich der sogenannten „Ground Ops“, der Boden-Operationen. Die roten Warnlampen am Flugzeug gehen aus, ein dreiköpfiges Team schiebt ein Förderband dicht an die Ladeluke, entriegelt die Tür zum Frachtraum, entlädt die ersten Koffer und Taschen. „Das ist knapp getaktet. Jeder hat seine bestimmte Anzahl von Minuten für seine Tätigkeiten und das muss schon hintereinander gut laufen.“

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

8. **Gefahr eines Krieges mit Russland und China?**

Die Washington Post berichtete gestern, dass Vizepräsident Mike Pence den Ton gegenüber China weiter verschärft hat. In einem ultimativen Ton wird gefordert, dass China sich den Forderungen der Vereinigten Staaten unterwerfen solle, ansonsten müsse das Land mit einem allumfassenden Kalten Krieg rechnen. Die USA erklären, nach Asien gekommen zu sein, um zu bleiben. Nachdem kurz vorher der chinesische Präsident dazu aufgerufen hatte, sich auf einen Krieg vorzubereiten, ist das eine erneute Eskalationsstufe, welche die Angst vor einer Konfrontation der beiden Supermächte weiter erhöht. Ist ein Krieg tatsächlich unabwendbar? Und wie sieht es mit der ständig steigenden Aggression gegenüber Russland aus?

Schon im März 2015 warnten die Wissenschaftler Stephan Cohen und John Mearsheimer am 2. März in Brüssel davor, dass die USA einen Krieg mit Russland provozieren könnten. Kaum jemand nahm Notiz davon, die Medien hatten Wichtigeres zu berichten. Dass die USA einen militärischen Konflikt mit Russland planen könnten, hört sich wie eine Verschwörungstheorie an.

Cohen ist einer der angesehensten amerikanischen Hochschullehrer für Russische Studien. Er hält Vorträge an den besten Universitäten des Landes, wie Princeton und New York University. Seine akademische Arbeit konzentriert sich auf die zeitgenössische russische Geschichte und Russlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Und er äußert Thesen, die den letzten Zweifler aufrütteln sollten.

Mearsheimer und Cohen erklärten ihre Thesen an einem Runden Tisch, zu dem Mitglieder des Europaparlaments, Botschafter und hohe Diplomaten aus verschiedenen Ländern eingeladen worden waren. Auch Wissenschaftler der Ukraine waren anwesend. (...)

Zusammenfassend stellt er fest: „Wir hatten eine exzellente Sicherheitssituation hier in Europa vor 2008, und wir, der Westen, haben sie zerstört.“ Mearsheimer geht schon

länger davon aus, dass ein Krieg der USA gegen China unausweichlich werde. Er reiste viele Male nach China, um in Vortragsreihen davor zu warnen, dass China nicht friedlich aufsteigen können.

Quelle: [Telepolis](#)

9. **Krisenmanagementübung „Hybrid Exercise Multilayer 18“ der EU**

Mit militärischen Mitteln gegen Fake News und Migration?

Momentan läuft vom 5. bis 23.11.2018 die Krisenmanagementübung „Hybrid Exercise Multilayer 18“ (HEX-ML 2018 PACE). Diese wird von der EU ausgerichtet. Auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich daran.

Ziel der Übung ist es, „in Zusammenarbeit mit der NATO [...] Krisenmanagement und die Bewältigung hybrider Bedrohungslagen“, welche die EU und ihre Mitgliedstaaten betreffen könnten, einzuüben und „die Reaktionsfähigkeit der EU auf kommende hybride Krisen zu verbessern.“¹ Im vergangenen Jahr fand bereits eine vergleichbare Übung unter dem Namen PACE 2017 statt. Das Szenario ist sehr ähnlich.

In diesem Jahr sollen jedoch die EU-Mitgliedstaaten stärker eingebunden werden.

Diese hatten die Möglichkeit, bevorzugte Bereiche einzubringen: Als hybride Bedrohungen, deren militärische Beantwortung trainiert werden soll, brachten die Mitgliedstaaten die Bereiche Energie, Gesundheit, Cyber, Desinformation, maritime Ereignisse und einen Anstieg von Migration ein. Dass diese Bereiche nicht zivil, sondern militärisch „gelöst“ werden sollen, ist Ausdruck einer zunehmenden Militarisierung der EU. Migration als militärische Bedrohung zu betrachten ist falsch und für die Betroffenen sehr gefährlich. Und auch eine Bekämpfung von Desinformation durch das Militär ist äußerst fraglich. Christopher Schwitanski zeigt in der IMI-Analyse 2017/23 sehr anschaulich, „dass mit dem Kontern [z.B.] russischer Kommunikationsaktivität keine neutrale Berichterstattung einhergeht, sondern eine einseitige Deutung des Konflikts – im Sinne von EU und Nato – der zufolge Russland die alleinige Schuld für die Eskalation in Osteuropa trägt. Raum für politische Entspannung oder Konfliktlösung wird ein solches Narrativ nicht bieten.“²

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

10. **Zweierlei Kriegskalkül: Israel nach Lieberman-Rücktritt.**

Avigdor Liebermans Rücktritt als Verteidigungsminister Israels entspringt klarem politischen Kalkül. Ob es Neuwahlen zu Beginn des kommenden Jahres geben wird, ist noch nicht ausgemacht; dies hängt davon ab, ob sie im machtpolitischen Interesse Benjamin Netanjahus liegen werden. Vor wenigen Wochen sah es noch ganz danach aus, im Moment ist es wieder ungewiss. Sollte es aber Neuwahlen geben, stünde Lieberman im Hinblick darauf, was sich in den letzten Tagen im militärischen Konflikt mit der Hamas im Gazastreifen zugetragen hat, schlecht da. Denn während Netanjahu sich eher moderat gerierte, was das Ausmaß des Einsatzes des israelischen Militärs

bei der neuerlichen Gewalteskalation anbelangt, war Lieberman der Meinung, man müsse viel härter vorgehen, als von Netanjahu zugelassen. Netanjahu konnte sich bei seinem relativ gemäßigten Kurs auf Einschätzungen und Empfehlungen des Militärs berufen; die Armeespitze war an einem weiteren Krieg mit der Hamas nicht interessiert und setzte entschieden auf Deeskalation der auflodernden Gewalt.

Quelle: [junge Welt](#)

11. **Ost-Turkestan im Visier (I)**

Die Bundesregierung beteiligt sich an der beginnenden westlichen Kampagne gegen China wegen chinesischer Anti-Terror-Maßnahmen im Autonomen Gebiet Xinjiang. Die chinesischen Behörden gehen dort massiv gegen uigurische Terroristen und deren Umfeld vor: Diese werden in Lagern interniert, von denen Beijing erklärt, es handle sich um "Bildungszentren", während westliche Regierungen sie als "Umerziehungslager" bezeichnen. Angaben über die Zahl der Internierten reichen von einigen 10.000 bis zu einer Million. Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat China bei seinem Antrittsbesuch öffentlich deswegen kritisiert; Beijing verwahrt sich gegen die Berliner Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Dem Terror uigurischer Separatisten gegen Han-Chinesen sind in den vergangenen Jahren Hunderte, womöglich Tausende Menschen zum Opfer gefallen; uigurische Jihadisten kämpfen in den Reihen des IS. Dabei werden uigurische Separatisten, die Xinjiang als "Ost-Turkestan" von China abspalten wollen, aus dem westlichen Ausland unterstützt - auch aus Deutschland.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

12. **Großbritannien blockiert Rückgabe von 14 Tonnen Gold an Venezuela**

Die Zentralbank von Großbritannien weigert sich, venezolanisches Gold im Wert von rund 550 Millionen US-Dollar an den südamerikanischen Staat zurückzugeben. Die Regierung Venezuelas habe seit zwei Monaten ohne Erfolg versucht, ihre Einlagen bei der Bank of England zu repatriieren. Dies geht aus Berichten der britischen Zeitung The Times und eigenen Recherchen von Reuters hervor.

Die Times schrieb von offiziellen, aber ungenannten britischen Quellen, die seitens der venezolanischen Regierung von Präsident Nicolás Maduro eine Erklärung über die beabsichtigte Verwendung der Goldreserven erwarten sollen. Die britischen Behörden wollten sicher gehen, dass damit keine "Geldwäsche" getätigt werde oder "dass Herr Maduro das Gold, das sich im Besitz des Staates befindet, beschlagnahmen und zum persönlichen Vorteil verkaufen könnte", wie weiter anonyme Quellen zitiert werden. Reuters berichtet, dass eine offizielle Auskunft weder von den britischen noch von den venezolanischen Zuständigen zu erhalten war.

Quelle: [amerika21](#)

13. **Chlorpyrifos - Gefahr fürs menschliche Hirn?**

Das Pestizid Chlorpyrifos steht im Verdacht, die Gehirnentwicklung beim Menschen zu schädigen. Seit 2006 ist es in der EU zugelassen – doch laut Recherchen des BR haben die Behörden dabei eine fehlerhafte Studie akzeptiert.

Es ist ein Bestseller, eines der in der Landwirtschaft am häufigsten eingesetzten Pestizide: Chlorpyrifos. Der Wirkstoff für Pflanzenschutzmittel tötet Läuse, Fruchtfliegen und andere Schädlinge und wird beim Getreide- und Obstanbau eingesetzt. Seit Jahren steht Chlorpyrifos im Verdacht, die Gehirnentwicklung beim Menschen, insbesondere bei Ungeborenen im Mutterleib, zu schädigen. Die Folgen können zum Beispiel Aufmerksamkeitsstörungen oder verminderte Intelligenz sein. Eine wissenschaftliche Untersuchung, die BR Recherche exklusiv vorliegt, kommt jetzt zu dem Schluss, dass Chlorpyrifos in der EU zugelassen wurde, obwohl eine wichtige Studie zur Gefährlichkeit des Stoffes offenbar fehlerhaft war.

Quelle: [Tagesschau](#)

14. **Forschung: Wie sich Wissenschaft von der Gesellschaft abkoppelt**

Ein Wissenschaftsbetrieb, der nur auf Zählbarkeit, Zitationsindizes und Internationalität (also Englisch) setzt, verliert den Kontakt zur Öffentlichkeit, kritisiert Matthias Gronemeyer. Dabei hätten Forscher eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft.

Letztens bekam ich ein E-Mail aus China: Miss Linda Yang fragte mich in bestem Englisch, ob ich nicht bereit wäre, bei einer internationalen Konferenz zu Erziehungsthemen in Jinan einen Vortrag zu halten. Man hatte sich offenbar Mühe gegeben, denn die Einladung kam nicht ohne Verweis auf einen Artikel, den ich vor Zeiten in einem deutschen Fachorgan veröffentlicht hatte. Sonst werde ich nicht zu Konferenzen eingeladen, ich gehöre definitiv nicht zum akademischen Jetset. Sollte der Chinese hier etwas erkannt haben, was man hierzulande hartnäckig ignoriert? Ich war im ersten Moment gerührt. Das Ganze stellte sich dann schnell als Schmu heraus, als ein weiteres Potemkinsches Dorf im Wissenschaftsbetrieb, das gegen saftige Gebühren einen klangvollen Eintrag im akademischen Lebenslauf verspricht.

Als ich zurückschrieb, dass mein – ebenso wie die chinesische Konferenz frei erfundenes – Institut für dieses Jahr kein Budget mehr habe, hörte ich von Miss Yang nichts mehr.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

15. **Sozialistische Linke kämpft sich voran: Zu den Halbzeitwahlen in den USA**

Die „Mid-Term“-Wahlen in den USA haben zu Fortschritten für diejenigen geführt, die den Widerstand gegen Donald Trump anführen. Eine niemals vorher erreichte Zahl von 67 Mitgliedern der „Demokratischen Sozialisten von Amerika“ (DSA) hat Mandate auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen errungen. Zwei von ihnen – Alexandria

Ocasio-Cortez, die in der Bronx (New York) kandidierte, und Rashida Tlaib, die in Detroit antrat - sind nun Mitglieder des Kongresses. Zusätzlich zu Tlaib, die palästinensische Wurzeln hat, ist eine weitere Muslima, Ilhan Omar, die in Minneapolis antrat, in den Kongress gewählt worden. Sie war eine der 68 Kandidatinnen und Kandidaten, die von der progressiven Organisation „Unsere Revolution“ unterstützt wurde, die aus der Kampagne für Bernie Sanders entstanden war. Die „Working Families Party“ (WFP) spielte eine führende Rolle bei der siegreichen Kampagne von Jahana Hayes (Connecticut) und Ayanna Pressley (Massachusetts) - übrigens die beiden ersten schwarzen Frauen, die jemals einen der Neu-England-Staaten im Kongress repräsentieren. Die WFP spielte auch eine wichtige Rolle für Deb Haalands Sieg in New Mexiko - sie wird die erste Frau im Repräsentantenhaus mit indianischen Wurzeln sein. Gemeinsam ist allen linken und progressiven Kandidaten, dass sie - auch wenn sie als Demokraten antraten - ihre Arbeit auf Klein- statt auf Großspenden der Geschäftswelt und freiwilligen, ehrenamtlichen Helfer statt auf hochbezahlten Berater stützten.

Quelle: [unsere zeit](#)